



»Sagen, was ist« bleibt unbeachtet, so stellt sich die Schicksalsfrage für Die Linke: Rückkehr zum Erfurter Programm oder Scheitern. Eine von mehr als 70 Mitgliedern der Partei unterzeichnete Erklärung.

50 Jahre

BERUFSVERBOTE

und kein Ende

Am 28. Januar 1972 verabschiedeten die Ministerpräsidenten der Länder unter Leitung von Willy Brandt den »Radikalenerlass«. **Von Arnold Schölzel**



Düsseldorf, 5. Februar 1977: Mehrere tausend Opfer der Berufsverbote demonstrieren gegen den »Radikalenerlass«

In den 1950er und 60er Jahren wanderten Kommunisten in der BRD oft in den Knast. In den 70ern und 80ern flog, wer als Kommunist oder Sozialist auftrat und Briefträger oder Lehrer werden wollte, häufig aus dem öffentlichen Dienst. Ab 1990 sprachen die neuen Herren in der DDR und ihre ostdeutschen Helfer offiziell zwar keine Berufsverbote aus, setzten sie aber für Hunderttausende mit Hilfe von Abwicklung und sozialer Ausgrenzung durch. Das war noch effektiver als der an diesem Freitag vor 50 Jahren unter Leitung Willy Brandts verabschiedete »Radikalenerlass«. Der Kolumnist der *Süddeutschen Zeitung* Heribert Prantl schrieb zu Recht von einem »Hexenjagd-jubiläum«.

Die Zahl der von Berufsverboten Betroffenen stieg nach 1990 sprunghaft an. Laut Auskunft der Bundesregierung vom Dezember 1992 hatten z. B. von den ehemals 195.073 Beschäftigten in Forschung und Lehre der DDR nur noch circa 23.600 eine Vollzeitstelle, das waren 12,1 Prozent. Wer raus war, kam zumeist nie wieder rein. Das galt auch für Künstler, Journalisten und Leitungspersonal. Wer nicht lockerließ und weiterbeschäftigt werden wollte, für den gab und gibt es ergänzend ein passendes Repressionsgesetz analog dem »Radikalenerlass«. Das Nachschnüffeln in den »Stasi«-Unterlagen bei Bewerbungen für den öffentlichen Dienst wurde zuletzt von der Regierung aus CDU/CSU und SPD im Jahr 2019 bis Ende 2030 vor- und fortgeschrieben. Das gilt für jeden, der 1990 in der DDR Säugling war.

Mit einem Rechtsstaat hatte die Verfolgung von Kommunisten und Sozialisten nie etwas zu tun, sondern allein mit Gespensterfurcht, Gesinnungs- und Unrechtsjustiz. Ein Ende ist nicht absehbar. Dafür sorgt schon der sogenannte Verfassungsschutz. Er ist mit Demokratie und Recht unvereinbar. Zur Herstellung von Ruhe an der Heimatfront wird er aber in einem Staat, der einst zur Kriegsvorbereitung gegründet wurde, gerade heute wieder benötigt. Auf der Grundlage juristisch hohler Begriffe wie »Verfassungsfeind« oder »Extremismus« verstärkt er seine Angriffe auf Parteien wie die DKP, eine Zeitung wie die *junge Welt* oder Antifaschisten. Einschüchterung und Denunziation der KPD waren seine Aufgaben schon als Amt der US-Besatzungsmacht.

Die BRD braucht zur Bestandserhaltung ein Feindbild: Das sind auch nach dem Ende der DDR Sozialismus und jeder, der für ihn eintritt. Antikommunistischer Hass und illegale staatliche Gewalt bleiben die Kampfinstrumente, das verbindet Staat und Nazis immer wieder. Der 28. Januar erinnert daran.

■ Siehe Seiten 2 und 8

jW wird herausgegeben von 2.569 Genossinnen und Genossen (Stand 21.1.2022)

www.jungewelt.de/lpg

Industrie am Krückstock

IG Metall geht geschwächt aus Pandemie hervor. In Tarifpolitik sieht die Spitze dafür keine Ursache

5

Eugenik vs. Fortschritt

Bundesregierung plant die Legalisierung von Leihmutterchaften. Eine Debatte muss her

12

Turnier mit Schattenseite

Beim Afrikacup ist der Titelverteidiger bereits ausgeschieden. Massenpanik in Jaunde

16



4 198625 901904